

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 26

26.06.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **LOHNANGLEICHUNG IST IN SCHWUNG GEKOMMEN.** Die Lohnkosten in der Region sind im vergangenen Jahr enorm gestiegen, was deutlich macht, dass die Lohnangleichung ernsthaft in Schwung gekommen ist. Ungarn geht dabei voran: Im ersten Drittel 2017 legten die Brutto- ebenso wie die Nettolöhne um nahezu 12 Prozent zu. Dank einer gemäßigten Inflation wuchs der Realwert der Löhne um 9,2 Prozent, so dass der Anstieg der Reallöhne seit nunmehr 52 Monaten ungebrochen ist.
- **DIE UNGARISCHE V4-PRÄSIDENTSCHAFT KANN EUROPAS ZUKUNFT BEEINFLUSSEN.** Ungarn hält bis zum Juni 2018 den Vorsitz der Visegrád-Staaten (V4). Dieser Zeitabschnitt wird maßgeblich für die Zukunft der EU sein, nachdem abgesehen von den Vorschlägen der Achse Deutschland-Frankreich noch die V4Staatengruppe Einfluss auf die damit verbundenen Debatten nehmen kann. Die V4 haben bereits unter Beweis gestellt, auch in der Frage der Migration eine Alternative zu den Zentralisierungsbestrebungen Brüssels aufzuzeigen, wobei sie jenen gesellschaftlichen Erwartungen näher kommen, die nationale Lösungen bevorzugen.
- **KNAPP NEUN VON ZEHN SIND GEGEN DIE QUOTENREGELUNG.** 87 Prozent der Ungarn sind gegen die Einwanderungsquoten, welche Konzeption lediglich von 7 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung unterstützt wird, geht aus einer Umfrage des Nézőpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Diese Erhebung zeigt außerdem, dass 81 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung den Bau des Grenzzauns unterstützen und 85 Prozent befürchten, dass sich Terroristen unter die Einwanderer mischen.
- **WER DAS PLAKATGESETZ ABLEHNT, KEHRT DER TRANSPARENZ DEN RÜCKEN ZU.** Die linke Opposition dürfte sich selbst schaden, wenn sie nicht bereit ist, mit den Regierungsparteien in der Frage zusammenzuarbeiten, die Finanzierung des Wahlkampfes und den Plakatmarkt transparent zu machen, nachdem es früher gerade die linken Parteien waren, die eine größere Transparenz in diesen Angelegenheiten forderten. Die Regierungsparteien korrigierten gemessen an ihren Möglichkeiten nichtsdestotrotz die Rechtsnormen, um das Ausstellen politischer Plakate transparenter zu gestalten.

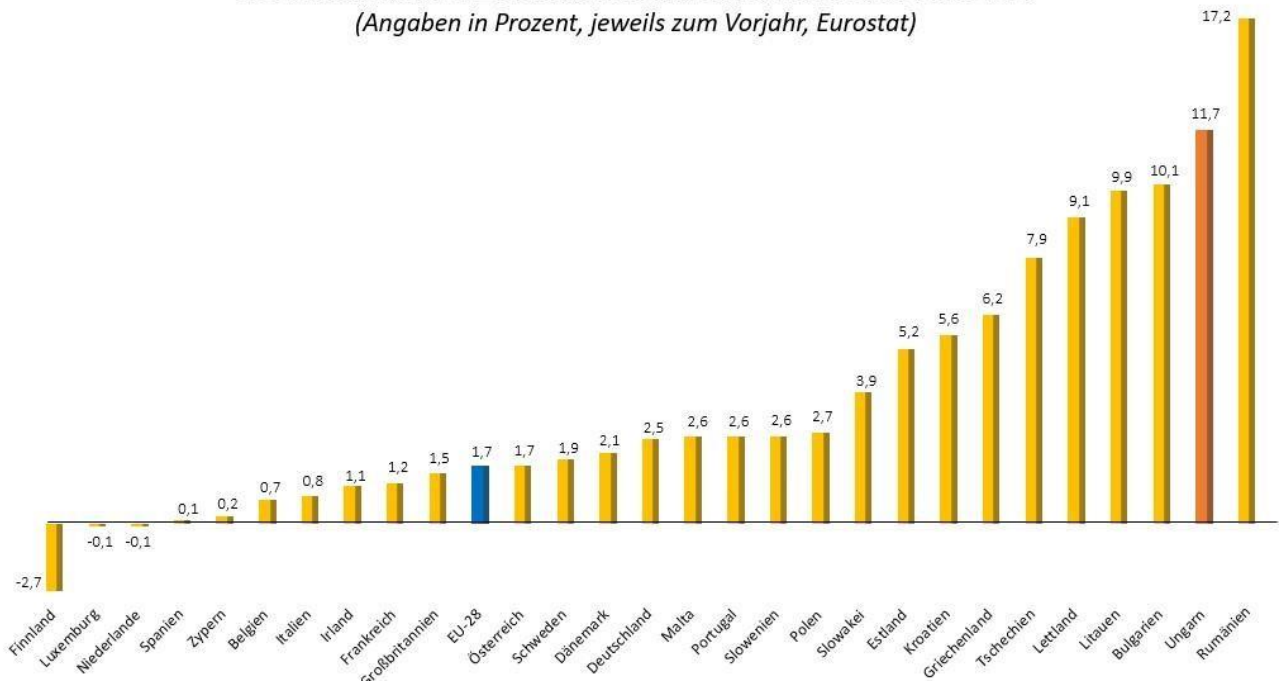
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Lohnangleichung ist in Schwung gekommen

Die Lohnkosten in der Region sind im vergangenen Jahr enorm gestiegen, was deutlich macht, dass die Lohnangleichung ernsthaft in Schwung gekommen ist. Ungarn geht dabei voran: Im ersten Drittel 2017 legten die Brutto- ebenso wie die Nettolöhne um nahezu 12 Prozent zu. Dank einer gemäßigten Inflation wuchs der Realwert der Löhne um 9,2 Prozent, so dass der Anstieg der Reallöhne seit nunmehr 52 Monaten ungebrochen ist.

Die auf dem Gebiet der Lohnangleichung erreichten Ergebnisse unseres Landes zeigt markant an, wie sichtbar die Lohnkosten im ersten Quartal 2017, gemessen am Niveau vor einem Jahr, hochgeschneit sind. Unter den EU-Mitgliedstaaten verteuerten sich die Arbeitskräfte nur in einem Land noch dynamischer als in Ungarn: Hierzulande kostet die Beschäftigung 11,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Der Hauptgrund dafür ist in der im Januar vollstreckten Anhebung des Mindestlohns sowie des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte zu sehen; ersterer Anstieg belief sich auf 15 Prozent, letzterer sogar auf 25 Prozent.

NOMINALER ANSTIEG DER ARBEITSKOSTEN IM I. QUARTAL 2017
(Angaben in Prozent, jeweils zum Vorjahr, Eurostat)



Das Problem des Arbeitskräftemangels berührt – wenn auch in unterschiedlichem Maße – die meisten Länder der Region, weshalb nun auch die Regierungen immer mehr Geld für

Lohnerhöhungen bereitstellen. In Ungarn und den anderen Ländern der Region erreicht der Lohnkostenanstieg ein Mehrfaches des EU-Durchschnitts; mit anderen Worten schließen wir auf diesem Gebiet zur Gemeinschaft auf.

Im April lagen die Brutto- und die Nettodurchschnittslöhne nach den 12,8 Prozent vom März um 14,6 Prozent höher als vor einem Jahr. Im Verlauf der ersten vier Monate legten die Brutto- und die Nettolöhne gleichermaßen um 11,9 Prozent im Vergleich zum identischen Vorjahreszeitraum zu. Der durchschnittliche Bruttolohn der Vollzeitbeschäftigten belief sich im April auf 303.000 Forint und rangierte damit erstmals über dem Schwellenwert von 300.000 Forint.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

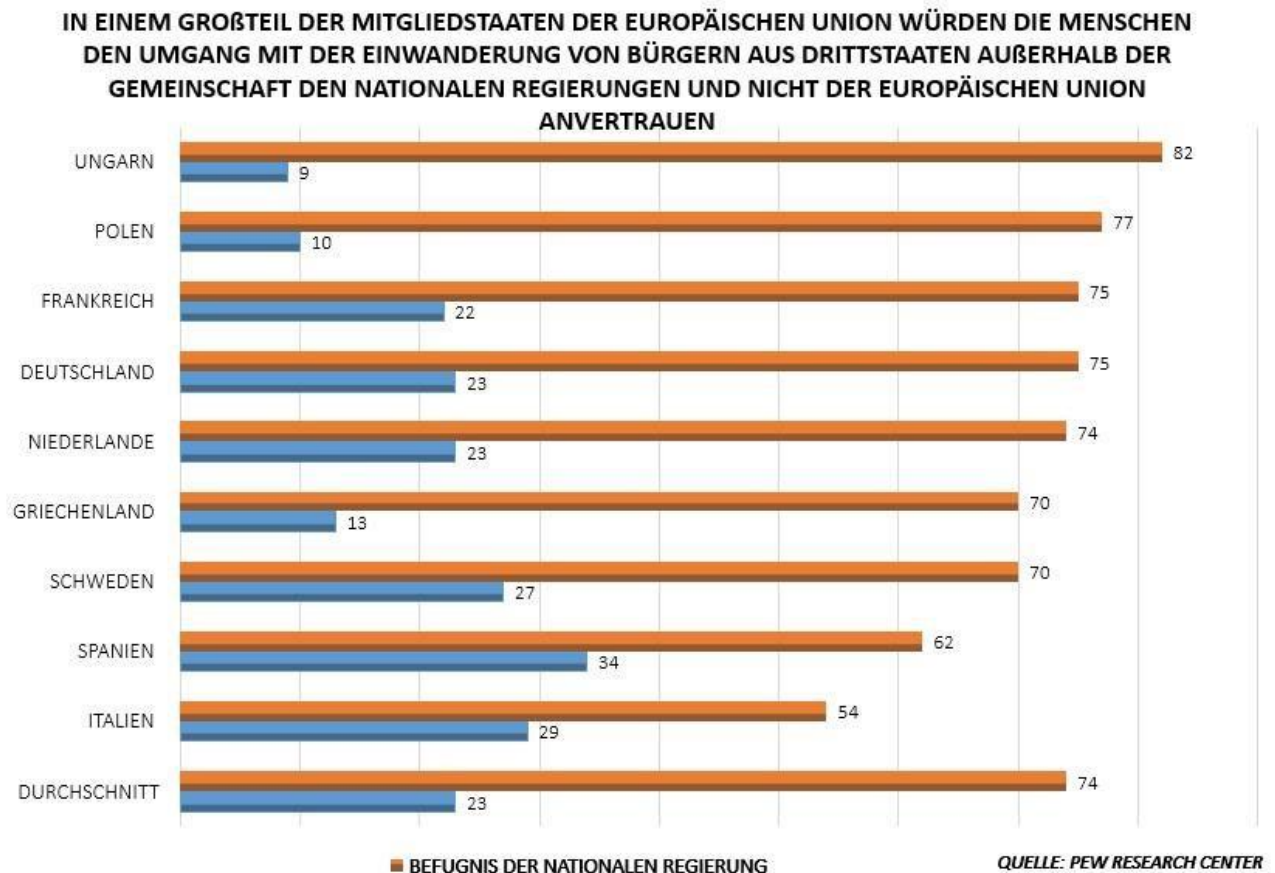
Die ungarische V4-Präsidentschaft kann Europas Zukunft beeinflussen

Ungarn hält bis zum Juni 2018 den Vorsitz der Visegrád-Staaten (V4). Dieser Zeitabschnitt wird maßgeblich für die Zukunft der EU sein, nachdem abgesehen von den Vorschlägen der Achse Deutschland-Frankreich noch die V4-Staatengruppe Einfluss auf die damit verbundenen Debatten nehmen kann. Die V4 haben bereits unter Beweis gestellt, auch in der Frage der Migration eine Alternative zu den Zentralisierungsbestrebungen Brüssels aufzuzeigen, wobei sie jenen gesellschaftlichen Erwartungen näher kommen, die nationale Lösungen bevorzugen.

Die jüngste Meinungsumfrage des Pew Research Center zeigt sehr gut, dass die von Seiten der Achse Deutschland-Frankreich sowie der EU-Führung in Brüssel angestrebten Vorstellungen häufig nicht mit den Erwartungen der Gesellschaften konform gehen. Laut Erhebung würde ein Großteil der Bürger in den EU-Mitgliedstaaten den Umgang mit der den Kontinent bedrohenden illegalen Einwanderung den nationalen Regierungen an Stelle der Europäischen Union anvertrauen. Dessen ungeachtet bestraft Brüssel jene Mitgliedstaaten, die nicht bereit sind, die Einwanderungsquoten hinzunehmen, auch weiterhin mit Vertragsverletzungsverfahren.

Die V4-Staaten vertreten in dieser Frage wie gehabt einen klaren Standpunkt; hätten sich diese Länder nicht zusammengeschlossen, würde die illegale Einwanderung ein noch größeres Problem für Europa darstellen, als es ohnehin der Fall ist. Obendrein können diese vier Länder auf weitere starke Partner zählen, dank des Umstandes, dass sich die Verteidigungsminister aus sechs Ländern

Mittleuropas in Prag auf eine engere Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Einwanderungskrise verständigen konnten. Österreich, Kroatien, Slowenien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei haben das Mitteleuropäische Verteidigungsbündnis einberufen, das sie als Beispiel für die gesamte Europäische Union konzipieren.



Mittlerweile determinieren obendrein neben Deutschland ausgerechnet die V4-Staaten die wirtschaftliche Entwicklung der EU, nachdem das BIP dieser Staatengruppe heute dauerhaft über dem Durchschnitt der Europäischen Union wächst, so dass gesagt werden kann, dass sich die hier praktizierten wirtschaftlichen Modelle eindeutig als funktionsfähig erwiesen haben. Vor diesem Hintergrund kann der Standpunkt der V4 in Fragen bezüglich der Zukunft der Gemeinschaft nicht außer Acht gelassen werden. Diese Länder legen ein Schwergewicht auf die nationale Souveränität und eine Politik, welche die eigenen Bürger in den Fokus rückt, an Stelle von Integrationsbestrebungen von Seiten westlicher Mitgliedstaaten, die häufig nur als Ersatzhandlungen dienen.

Die einheitliche Repräsentanz des V4-Standpunktes ist auch deshalb außerordentlich wichtig, weil parallel zu den Bestrebungen Brüssels unter Leitung des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble und des französischen Wirtschaftsministers Bruno Le Maire eine deutsch-französische Arbeitsgruppe gebildet wurde, die ein Maßnahmenpaket auszuarbeiten beabsichtigt, welches auf Fragen in Verbindung mit der „zunehmend stärker globalisierten Welt“ und die Diskussionen im Zusammenhang mit der Zukunft der EU Antworten geben soll.

Die eine Alternative hierzu offerierenden V4-Staaten sollen mit wachsender Druckausübung gespalten werden. Zuletzt drohte der neue französische Präsident Emmanuel Macron diesen Ländern mit den Worten, „wer die Spielregeln nicht einhält, wird die Konsequenzen tragen müssen“.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

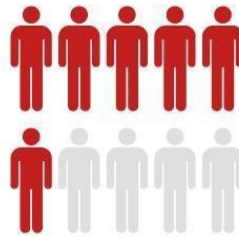
Knapp neun von zehn sind gegen die Quotenregelung

87 Prozent der Ungarn sind gegen die Einwanderungsquoten, welche Konzeption lediglich von 7 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung unterstützt wird, geht aus einer Umfrage des NézőpontInstituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Diese Erhebung zeigt außerdem, dass 81 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung den Bau des Grenzzauns unterstützen und 85 Prozent befürchten, dass sich Terroristen unter die Einwanderer mischen.

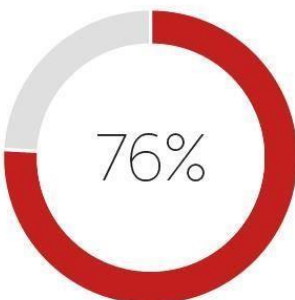
KNAPP NEUN VON ZEHN BEFRAGTEN SIND GEGEN DIE QUOTENREGELUNG



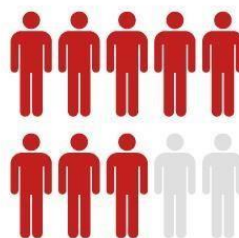
lehnen Einwanderungsquoten ab, welche Konzeption lediglich von 7 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung unterstützt wird.



Knapp sechs von zehn Sympathisanten der Linken (58 Prozent) und 81 Prozent der befragten Personen mit unbekannter Parteipräferenz sind gegen die Quotenregelung.



befürchten, dass die Einwanderung im kommenden Jahrzehnt in Ungarn eher ein Problem darstellen wird.



81 Prozent unterstützen den Grenzzaun, 85 Prozent befürchten, dass sich Terroristen unter die Einwanderer mischen.

EINE LANDESWEIT REPRÄSENTATIVE MEINUNGSUMFRAGE DES NÉZŐPONT-INSTITUTS UNTER 1.000 PERSONEN (ERSTELLT IM ZEITRAUM 13.-16. JUNI 2017).

Obleich die Europäische Union gegen Ungarn ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Zurückweisung der Einwanderungsquoten anregte, sind 87 Prozent der Ungarn quotenfeindlich eingestellt. Hinter dieser Konzeption stehen gerade einmal 7 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung. Die Verteilung der Einwanderer nach Quoten lehnen auch nahezu sechs unter zehn Sympathisanten der Linken (58 Prozent) sowie 81 Prozent der Befragten mit unbekannter Parteipräferenz ab.

Diesen Fragen widmete sich ganz aktuell auch der jüngste zweitägige Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel, zu dessen Themen Einwanderung und Verteidigungspolitik gehörten. Gegenwärtig fürchten 76 Prozent der Ungarn, dass die Einwanderung im kommenden Jahrzehnt eher ein Problem für Ungarn darstellen wird. Dabei unterstützen acht von zehn Befragten (81 Prozent) den am südlichen Grenzabschnitt erbauten Grenzzaun und sind ähnlich viele Menschen (85 Prozent) der Meinung, dass sich unter den Einwanderern auch Terroristen befinden könnten.

Methodik

Die telefonische Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 13.-16. Juni 2017 mit der Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,2 Prozent.

Wer das Plakatgesetz ablehnt, kehrt der Transparenz den Rücken zu

Die linke Opposition dürfte sich selbst schaden, wenn sie nicht bereit ist, mit den Regierungsparteien in der Frage zusammenzuarbeiten, die Finanzierung des Wahlkampfes und den Plakatmarkt transparent zu machen, nachdem es früher gerade die linken Parteien waren, die eine größere Transparenz in diesen Angelegenheiten forderten. Die Regierungsparteien korrigierten gemessen an ihren Möglichkeiten nichtsdestotrotz die Rechtsnormen, um das Ausstellen politischer Plakate transparenter zu gestalten.

In den vergangenen Wochen verwickelte sich die Jobbik in einen schwerwiegenden Korruptionsskandal, indem sie die Kosten ihrer Plakatkampagne nicht eindeutig abrechnen konnte, während gleichzeitig der Verdacht einer verbotenen Parteienfinanzierung auftrat. Diesem Verdacht

zufolge kann nicht ausgeschlossen werden, dass Firmen des Imperiums von Lajos Simicska wesentlich geringere Werbeflächen einräumten, als sie der Jobbik in Wirklichkeit zur Verfügung stellten. Wegen des Skandals um die Plakatkampagne der Jobbik haben mittlerweile auch Behörden Untersuchungen eingeleitet, nachdem dem Staat allein bei der Mehrwertsteuer Verluste in der Größenordnung von hundert Millionen Forint entstanden sein könnten.

Während die LMP für jedes einzelne Plakat 80.000 Forint zahlen musste, sollen die Firmen von Lajos Simicska von der Jobbik pro Plakat im Rahmen ihrer Wahlkampagne 6.500 Forint verlangt haben.

Ähnliche Fälle vermeldeten auch führende sozialistische Politiker; so sagte beispielsweise der Stellvertretende Vorsitzende der MSZP, Zoltán Gógös, im privaten Nachrichtenfernsehen ATV, „die MSZP erhielt für das gleiche Geld, wie es jetzt die Jobbik einsetzte, ein Zehntel der Plakatflächen“.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, warum die Parteien der linksliberalen Opposition nicht jene Bemühungen der Regierungsparteien unterstützten, die Finanzierung des Wahlkampfes transparenter und gerechter zu gestalten, weil das auch ihren Interessen gedient hätte. Diese Übereinstimmung der Interessenlage wird schon daran ersichtlich, dass anfänglich die Parlamentsabgeordneten von MSZP, Együtt, LMP und DK einer Modifizierung der einschlägigen Rechtsnormen nicht verschlossen waren, bevor sie von einem Tag auf den anderen ihren Standpunkt von Grund auf änderten und sich einer Zusammenarbeit entsagten.

Die über eine absolute Mehrheit verfügenden Regierungsparteien nahmen daraufhin ausgehend von ihren Möglichkeiten Korrekturen an den Rechtsnormen vor, auf deren Grundlage Anbieter von Medienflächen und die für die Veröffentlichung der Werbung zuständigen Firmen die Plakatflächen ausschließlich zu Listenpreisen vom jeweiligen Vorjahr vergeben dürfen, die den Behörden bekannt sind.

PROGNOSE

- Am 27. Juni nimmt die neu gewählte französische Nationalversammlung ihre Arbeit auf.
- Am 27. Juni tritt das Gesetz über die Transparenz der aus dem Ausland unterstützten Organisationen in Kraft. Die unter die Geltung dieses Gesetzes fallenden Vereine und Stiftungen sind verpflichtet, binnen 15 Tagen gerichtlich anzumelden, wenn sie aus dem Ausland unterstützte Organisationen sind.
- Am 1. Juli wird im Rahmen einer als außerordentlich anzusehenden europäischen Trauerfeier in Strasbourg Abschied vom deutschen Altkanzler Helmut Kohl genommen. Helmut Kohl ist der erste Politiker, dessen Trauerfeier nicht auf nationalstaatlicher, sondern auf Ebene der Europäischen Union organisiert wird.
- Am 2. Juli beginnt der zweitägige Parteitag der CSU, auf dem das Wahlprogramm in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im September verabschiedet wird.